

STELLUNGNAHME zu Antrag **242-243a**

	Seite HH-Plan	Produktbereich
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion	294	51
SPD-Gemeinderatsfraktion		
KAL-Die Partei-Gemeinderatsfraktion		
Die Linke-Gemeinderatsfraktion		
---	Erlös-/Aufwandsart Ein-/Auszahlungsart	
---	Personalaufwendungen	
---	Sachaufwendungen	

Maßnahmenpaket Milieuschutz - Südstadt

In der Gemeinderatssitzung vom 21. Oktober 2020 wurde sowohl die Aufstellung einer sozialen Erhaltungssatzung für die Südstadt als auch ein städtisches Maßnahmenpaket für den südlichen und nördlichen Teil der Südstadt sowie die Innenstadt-Ost – südwestlicher Teil beschlossen. Beide Maßnahmen sowie die damit verbundenen Ressourcenbedarfe wurden am 14. September 2020 den Vertreterinnen und Vertretern den Fraktionen von der Verwaltung vorgestellt.

Aus organisatorischer und methodischer Sicht ist zu den beiden Anträgen anzumerken, dass darin Tätigkeiten bzw. Aufgaben vorhanden sind, deren Umfang und Intensität sich in der aktuellen Phase allenfalls prognostizieren aber keinesfalls methodisch berechnen lassen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist z.B. keine Aussage darüber möglich, ob bzw. in welchem Umstand aufwändige Widerspruchsverfahren oder Rechtsstreitigkeiten vor Verwaltungsgerichten durchzuführen sind. Ebenso verhält es sich mit der Ausübung von Vorkaufsrechten (welche nur bei entsprechenden Verkaufsfällen auszuüben wären).

Die genannten Dienststellen sind generell mit den laufenden Aufgaben, beispielsweise auch mit den aktuellen Sanierungsverfahren bereits ausgelastet. Das gewünschte Maßnahmenpaket Milieuschutz kann daher grundsätzlich nur mit zusätzlichen Stellen und nicht durch interne Aufgabenverlagerung bewältigt werden.

Gerade weil mit dem Milieuschutz rechtliches Neuland betreten wird, wird von organisatorischer Seite wegen den sich daraus ergebenden Unsicherheiten für die Personalbemessung von dauerhaften Stellenschaffungen abgeraten.

Der Personalhaushaltsansatz sieht für das Haushaltsjahr 2021 nur Stellenschaffungen im Umfang von 20 Vollzeitwerten für den Ausbau der Kitas, für die GTGS und für die Schulsozialarbeit, sowie 10 Vollzeitwerte für den Klimaschutz vor.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzlage und der erwarteten finanziellen Entwicklung kann die Verwaltung keine zusätzlichen Aufgaben übernehmen.

Die Verwaltung empfiehlt daher, den Antrag abzulehnen.